

11. Juni 2021, 16:54 Uhr Digitalisierung

Fünf Lehren aus der Corona-Warn-App

Die Corona-Warn-App gibt es jetzt ein Jahr. Wer sie heruntergeladen hat, ist Teil eines großen Experiments. Daraus können Bund, Länder, aber auch die Bürger lernen.

Essay von Jannis Brühl

Ein Marktplatz in München, im Schatten der Bäume eine Geburtstagsfeier. Wenige Haushalte, viele Geimpfte, Open Air, Abstand. Aber erst einmal kommt die Ansage des Gastgebers: Handy raus, Corona-App öffnen. Jeder soll den Code des Gastgebers abscreiben und so im eigens auf dem Handy kreierte "Event" einchecken. Manche installieren die App missmutig ("Hatte ich gelöscht, hat mich genervt") andere meinen, sie müssten nicht scannen ("Ich bin doch geimpft!"). Sollte einer der Anstößenden im Nachhinein positiv auf Covid-19 getestet werden, warnt die App alle, die sich "eing_checked" haben. Das Leben im Frühjahr 2021: jeder Mensch ein Scanner.

Vor einem Jahr, am 16. Juni 2020, begann ein Experiment, das erst jetzt seine Wirkung entfaltet. SAP, die Deutsche Telekom und das Robert-Koch-Institut stellten die Corona-Warn-App in die App-Stores von Apple und Google. Anfangs warnte die App nur Menschen, die sich ganz nah kamen, mittlerweile auch Besucher einer Veranstaltung, unabhängig vom Abstand. Zeigt die App eine Warnung an, sollte man sich isolieren und testen lassen. Es ist das erste Mal, dass der deutsche Staat seine Bürger bittet, Teil eines unsichtbaren digitalen Alarmsystems zu werden, um eine Notlage unter Kontrolle zu bringen. Wer die App einschaltet, gehört zu einem unsichtbaren Netz, ausgeworfen im Auftrag des Apparats, der das Virus jagt.

Die App war ein moderater Erfolg. Einer Hochrechnung des RKI zufolge wurden allein bis März 140 000 Infektionen über sie entdeckt, fünf Prozent aller Infektionen im Land. Zum ersten Juni haben fast eine halbe Million Menschen ihr Testergebnis geteilt und damit 2,5 Millionen andere gewarnt. 80 Prozent der Gewarnten ließen sich testen. Die zugrunde liegende Technik Bluetooth Low Energy (BLE), die den Abstand zu anderen Handys misst und bei längerem Kontakt Alarm schlägt, hat aber ihre Grenzen. So erkennt sie nicht, ob zwischen beiden eine Scheibe ist und deshalb gar kein Risiko besteht. Peter Lorenz, bei der Telekom Projektleiter für die App, sagt: "Ich hätte auch lieber die perfekte Ultraschallmessung oder einen Laserentfernungsmesser, aber das kann nicht jedes Handy. BLE ist das einzige, was in der Bevölkerung in der Breite da ist."

Und wenn ich eine Technik nehme, die den Akku in vier Stunden leer saugt, dann nutzt die App kein Mensch."

Dennoch fragen sich viele Menschen, was die App eigentlich bringt. Irritierend waren zunächst die Push-Mitteilungen im vergangenen Sommer, die Menschen eher verwirrten, indem sie ihnen nach dem Antippen der Meldung ein "niedriges Risiko" bescheinigten. Was sollte das heißen? Die Meldungen sind mittlerweile verschwunden, die Macher haben an der Risikobewertung gefeilt.

Ohnehin gilt: Ein bisschen Realismus, bitte. Wir sind in Deutschland. Wo die Handynetze so schlecht ausgebaut sind, dass man schnell in den zähen Ausweichbetrieb des 2G-Netzes zurückfällt. 2G, das war 1999 Stand der Technik, als Bundeskanzler Gerhard Schröder über die Messe Cebit in Hannover lief und verkündete: "Ich möchte gerne einen Computer haben, in den ich reinsprechen kann." Heute hat er - so wünscht man ihm - einen Computer in der Tasche, in den er nicht nur reinsprechen kann, sondern der ihn auch noch vor der Seuche warnt.

Wer nun die Corona-Warn-App heruntergeladen hat, ist Teil eines großen Experiments, und nach einem Jahr lässt sich daraus einiges lernen.

Mut zur Super-App: Es herrscht wirklich genug Fragmentierung im Kampf gegen Covid-19. Behörden mit unterschiedlichen Interessen auf den Ebenen Bund, Länder, Kommunen, schwerfällige Software-Hauslösungen in Gesundheitsämtern (gerne in Kombination mit Faxgeräten); und auch nach einem Jahr gibt es immer noch 33 Covid-Labore im Land, die nicht an die App angebunden sind. "Das macht weiterhin den Betrieb der weniger datenschutzfreundlichen Telefon-hotline notwendig", kritisiert der Bundesdatenschutzbeauftragte Ulrich Kelber. Zur weiteren Komplexität tragen die rein kommerziellen Check-in-Apps bei, die sich manche Bundesländer haben aufschwätzen lassen. Seuchenschutz aus einem Guss ist schwierig in Deutschland.

Deshalb ist es gut, dass der Bund SAP und Telekom nicht nur 74 Millionen Euro für die App zugesagt hat, sondern auch, dass die App nicht als bloße Tracing-App vor sich hin vegetiert. In den ersten Monaten gab es zwar offensichtlich wenig Ambitionen, der App neue Features zu schenken. Seit dem Winter haben die Entwickler sie aber sukzessive ausgebaut. Vom eher banalen Kontakttagebuch, über aktuelle Infos zu Infektionszahlen, dem Hochladen von Schnelltests bis zur Check-in-Funktion für Veranstaltungen: Die App ist multifunktional geworden. Seit dieser Woche kann sie Impfzertifikate scannen, in Apotheken und irgendwann auch in Impfzentren. So wurde sie zum Impfnachweis und machte die Installation der Impf-App Covpass schon überflüssig, bevor diese überhaupt fertig war. Die Warn-App ist mit den Phasen der Pandemie mitgewachsen. Sie ist das digitale Schweizer Taschenmesser in den Hosentaschen der Bürger.

Transparenz dank Open Source: Die App wurde quelloffen programmiert, das heißt: Im Internet konnten nicht nur alle den Programmcode sehen, der sie antreibt, sondern auch Verbesserungsvorschläge machen. Hunderte beteiligten sich. Das hielt SAP und Telekom an der kurzen Leine, berichtet Peter Lorenz von der Telekom: "Wir haben gelernt, dass die Community unser größter Verbündeter ist. Die weist uns auf Fehler und Sicherheitslücken hin." So ermöglichten es Enthusiasten, die App auch auf Huawei-Geräten zu nutzen, die keine Google-Dienste wie den Play-Store nutzen.

Martin Schallbruch, als IT-Generaldirektor im Bundesinnenministerium und stellvertretender Chief Information Officer des Bundes jahrelang einer der obersten Nerds des Staates, sagt: "Ein so großes OS-Projekt, in das der Staat involviert war, gab es noch nicht. Wir können daraus lernen, dass bei staatlichen Apps der Open-Source-Ansatz verfolgt werden sollte, wenn die Apps bei der Bevölkerung auch ankommen sollen." Denn halten Hersteller den Code geheim, kann niemand prüfen, wie sicher die Daten der Nutzer sind.

Nicht Politiker fragen, wenn es um Technik geht: Der ursprüngliche Plan für die Corona-Warn-App mutet im Rückblick naiv an. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn wollte das Konsortium Pepp-PT mit der Entwicklung beauftragen, das die Daten zentral speichern wollte - wo sie alle auf einmal für Hacker abgreifbar gewesen wären. Spahn war offenbar kurzzeitig entfallen, dass ein Deutscher schon die Profiltiefen seiner Autoreifen als persönlichen Datensatz sieht. Nach einem Aufschrei - und Druck von Apple, auf dessen Betriebssystem die App ja laufen musste - lenkte die Bundesregierung ein. SAP und Telekom bauten ein dezentrales System. Heute lobt Linus Neumann, Sprecher des Chaos Computer Clubs, der IT-Vorhaben der Politik traditionell kritisch gegenübersteht: "Die CWA hatte nicht ein einziges kritisches Datenleck, ganz einfach, weil keine kritischen Daten zentral gesammelt werden."

Anfang des Jahres offenbarte sich aber ein weiteres Problem: Die Corona-Warn-App war in einer Art Nerd-Silo jenseits der übrigen Pandemiebekämpfung entworfen worden. So entwarfen Politiker Verordnungen, die die Existenz der App ignorierten. Der Zwang, Gastronomen Namen und Telefonnummern von Kunden für die Gesundheitsämter erfassen zu lassen, kollidierte mit dem dezentralen Ansatz der App, die ja eben *keine* persönlichen Daten speichert. Neue Apps für die Gastronomie mussten her, die Länder zahlten Millionen Euro für Lösungen wie die Luca-App, der Fachleute mangelnde Sicherheit vorwerfen. So kommt es zur Verwirrung wie der jenes Biergarten-Mitarbeiters, der Besucher am Tor fragt: "Luca oder Warn-App?" - und offensichtlich nicht weiß, dass die Warn-App des Bundes gar keine Kontaktdaten weiterleiten kann. Es ist dem Mann in Lederhose nicht vorzuwerfen. Er hat den deutschen App-Dschungel ja nicht gepflanzt.

Auf Masse setzen: Für die App gilt, wie bei Facebook und Instagram, der Netzwerkeffekt: Je mehr Menschen sie installiert haben, desto höher der Nutzen. Mehr als 20 Millionen Menschen

dürften die App auf ihrem Handy haben. Damit einher geht allerdings die Erkenntnis, wie sehr bestehende Strukturen die Digitalisierung behindern. Die App musste nicht auf bestehende Systeme aufsetzen – schließlich gab es Vergleichbares noch nie. Sind schon Systeme da, werde es schwierig, sagt Martin Schallbruch. "Das kann man nicht so schnell umstellen wie eine neue Software auf der 'grünen Wiese'. Wo schon Infrastruktur vorhanden war, hat das schnelle Reaktionen auf die Pandemie behindert". Etwa die Anbindung der Gesundheitsämter an nationale Software und die Digitalisierung der Schulen.

Aber wie kommt die App zu den Leuten? Der Bundestagsabgeordnete Mario Brandenburg, technologiepolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, sagt zwar: "Die Corona-Warn-App zeigt, dass die Bundesregierung erfolgreiche digitale Innovationen anstoßen kann, wenn der Druck nur groß genug ist." Er kritisiert aber das "halbherzige Abholen der Menschen durch eine zu kurz gefasste Kommunikationsstrategie". Auch der oberste Datenschützer Kelber sagt: "Wenn die Kommunikation rund um die App besser gewesen wäre, dann gäbe es statt 28 vielleicht mittlerweile 40 Millionen Downloads."

Widerstand gegen US-Konzerne: Es bleibt eine Erkenntnis, die über die Pandemie hinausgeht: Ohne Apple und Google, die die zwei großen Handy-Betriebssysteme kontrollieren, geht es nicht. Sie entschieden am Ende, dass die App Daten nicht zentral speichert. Das ist zwar gut für den Datenschutz, doch den Preis dafür zahlen Epidemiologen, die Covid-19 besser verstehen wollen. Für sie ist die App nutzlos. Denn die strengen Vorgaben von Google und Apple geben der Regierung kaum Spielraum, Informationen über die Pandemie zentral zu sammeln. In der Notlage zeigte sich, dass auch Deutschland nach den Regeln der Konzerne spielen muss. Kluge Strategien gegen diese Abhängigkeit zu entwickeln, ist nicht nur Aufgabe von Wettbewerbshütern. Gefordert sind auch alle in der Verwaltung, die wollen, dass die Gesellschaft selbst über die Technik entscheidet, die sie in der Hosentasche trägt, und nicht die Plattformen. Wer weiß, gegen welche Katastrophe der Staat als Nächstes ein digitales Schweizer Taschenmesser braucht.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter: www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/1.5319581

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.